1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 17 vom 27. April 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM



Ostermarsch 84: Hunderttausende waren dabei

Bildberichte auf Seite 3

Carstens mahnt wieder

Am Ende seiner Amtszeit, nachdem es um seine eigene Vergangenheit etwas ruhiger geworden ist, erweist sich der Bundespräsident als großer Mahner. Aus Anlaß des thailändischen Staatsbesuchs war jetzt Vietnam der jüngste Addressat seiner Mahnung.

Vietnam, so Herr Carstens, solle sich in Kambodscha gefälligst mehr zurückhalten. Meint er. Und sicher drückt er damit die Meinung nicht nur seiner Person, sondern der herrschenden Klasse der BRD aus. Die nicht immer für Zurückhaltung in Kambodscha war. Als der US-Bombenterror über diesem Land raste, da gab es keinen, der so oder ähnlich „mahnte".

Dafür gab es zu jener Zeit auch den Polizeiknüppel, den jene zu spüren bekamen, die da „mahnten"! Und Herr Carstens gehörte zu jener Partei, der dieser Knüppel noch längst nicht genügend gezückt wurde. Heute hat sich die Lage geändert, man macht deshalb auf Menschlichkeit, zusammen mit Pol Pot. Und natürlich: den USA. Das alles geht unter dem Motto: Frechheit siegt. Der Balken im eigenen Auge wird dann schon übersehen werden, das ist die Hoffnung solcher Mahner.

★★★

Todenhöfer redet wieder

Längere Zeit war er fast verstummt, der Herr Todenhöfer. Seine oftmals allzu plumpen Verherrlichungen von Militärdiktaturen aller Art (sofern sie nur prowestlich waren) war auf die Dauer etwas peinlich geworden, selbst für seine strammen Parteifreunde. Jetzt hat er wieder geredet und deutlich gemacht, daß er seine Sendepause keineswegs zur Einkehr nutzte. „Nützliche Idioten Moskaus" seien es, die da an Ostern marschierten, so seine Erkenntnis.

Nein, nicht darüber soll hier gestritten werden, ob er im Unterschied dazu unnütz sei. Sondern ihm der Vorschlag gemacht, er solle sich doch ein anderes Volk suchen: Schließlich waren 75 Prozent der Bevölkerung bei Meinungsumfragen gegen neue Atomraketen. Ein Volk von nützlichen Idioten Moskaus sozusagen. Vielleicht sollte man solchen Leuten das Wahlrecht entziehen? Aber dann doch lieber dem Herrn Todenhöfer.

Vor der IGM-Urabstimmung

Ja zum Streik — 35 Stunden jetzt!

In den ersten Maitagen finden die Urabstimmungen in verschiedenen IGM-Tarifbezirken statt. Die bisherigen Urabstimmungen in der Druckindustrie haben bereits — bei allem unterschiedlichen Ausgang in einzelnen Betrieben — die lange praktizierte Unternehmerpropaganda, die Mehrheit der Belegschaften sei sowieso gegen diese Forderung, auf das Eindeutigste widerlegt. Die Urabstimmungen in der Metallindustrie sind für den weiteren Kampf der entscheidende Schritt, nachdem sich bereits 700000 Kollegen an den Warnstreiks beteiligten.



Großer Rummel wurde in den Medien um jene Handvoll Druck-Betriebe gemacht, in denen weniger als 75Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für den Streik stimmten. Dabei wurde „ganz vergessen", daß es selbst in diesen Betrieben immer noch das Mehrfache an Zustimmung gab von dem, was die von den Kapitalisten seit Monaten gesteuerten Umfragen behauptet hatten. Ganz zu schweigen von dem bisherigen Gesamtergebnis. Die Urabstimmung in der Metallindustrie muß dies ebenso deutlich machen: daß der Wille zum Kampf für diese Forderung da ist, der Wille zum Kampf gegen die Allianz aus Unternehmern und ihrer Wunschregierung. Gezeigt wurde dies schon in den Warnstreiks — jetzt muß es festgeklopft werden.



Es geht um die Sache, es geht um die Milderung der Arbeitslosigkeit, den Schutz vor ständig zunehmender Leistungsschraube, es geht gegen das gesamte Wendeprogramm, das die Kapitalisten forderten und diese Regierung angetreten ist zu verwirklichen! Deshalb: Ja zum Streik! 35 Stunden jetzt!

Werdienstverlängerung und Frauen zum Bund ...

Wörners Militarisierungsprogramm

... und später dann noch Arbeitsdienst?

Bonn. — Über die Ostertage haben der Verteidigungsminister Wörner und sein Parlamentarischer Staatssekretär Würzbach erneut Absichten bekundet, die Bundeswehr enorm zu verstärken. Neben der Androhung, noch mehr Geld — aus Steuergeldern natürlich — dafür lockerzumachen, geht es vor allem um mehr Menschen für die Armee. Ein ganzes „Paket" von Maßnahmen schwebt den Kriegsplanern auf der Hardhöhe vor: Die „Öffnung" der Bundeswehr für Frauen, eine Verlängerung des Grundwehrdienstes von bisher 15 auf 18 Monate, die Veränderung von Tauglichkeitskriterien, verstärkte Einberufung von Verheirateten, sowie die Aufstockung der Plätze für Wehrübende.

Mehr zu diesem breit angelegten Programm der Militarisierung auf Seite 2.



Heraus zum 1. Mai!

Der diesjährige 1. Mai wird am Vorabend der Urabstimmungen in der IG Metall begangen. Obwohl die 35-Stunden-Woche im Maiaufruf des DGB nicht enthalten ist, muß diese Forderung im Zentrum der Aktionen am 1. Mai stehen, denn sie ist die zentrale Forderung im Kampf gegen den Kurs, der in Bonn weiter gesteuert wird. Wir rufen unsere Leser auf, sich daran zu beteiligen, daß dieser 1. Mai ein Tag gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Aufrüstung, für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird!



Urteil im Prozeß gegen Neonazis in Frankfurt

„Und das wird schlimmer als 1933!"

Richter sieht nur persönliche Motive

Zwölf Tage lang wurde vor der Frankfurter Staatsschutzkammer gegen acht Nazis verhandelt. Die Anklage lautete auf verfassungswidrige Propaganda und Freiheitsberaubung, fortgesetzte gefährliche Körperverletzung und Bedrohung wegen eines sogenannten Femegerichts. Das Verfahren wegen verfassungswidriger Propaganda wurde im Verlauf des Prozesses eingestellt. Wegen des songenannten Femegerichts verkündete das Gericht folgende Urteile: zwei Jahre, drei Monate für den Neo-Nazi Arnd-Heinz Marx, ein Jahr, sechs Monate gegen den Neo-Nazi Hohe, ein Jahr auf Bewährung gegen den Neo-Nazi Kreitmair. Ein vierter erwachsener Angeklagter erhielt eine Geldstrafe. Die anderen, jugendlichen Angeklagten kamen mit Verwarnungen und Arbeitsauflagen davon.

In seiner Urteilsbegründung erklärte der Vorsitzende Richter Friedrich Lehr nach einem Prozeß, in dem die Angeklagten aus ihrer Gesinnung wahrlich kein Hehl gemacht hatten und das auch äußerlich durch das Tragen faschistischer Uniformen demonstrierten, daß es in dem Prozeß nicht um Politik gegangen sei, sondern um einen persönlichen Rachefeldzug von Marx, der „überempfindlich" und „sensibel" sei.

Die Angeklagten dankten dem Richter seine Verharmlosungsversuche schlecht. Ihre Antwort auf das Urteil: Marx und Hohe beschimpften das Gericht als „Judensäue", schrieen „die 23. Kammer soll hängen". Und der Angeklagte Hohe brüllte: „Wenn wir erst an der Macht sind, dann sitzt ihr hier auf den Bänken, und das wird schlimmer als 1933!"

Ursprünglich hätte in dem Prozeß gegen 15 Angeklagte verhandelt werden sollen, unter anderem auch gegen Michael Kühnen, den Chef der inzwischen verbotenen ANS/NA (Aktion Nationale Sozialisten/Nationale Aktivisten) selbst. Und zwar wegen verfassungswidriger Propaganda. Kurz vor Beginn des Prozesses entschied das Gericht dann, das Verfahren gegen einen Teil der Angeklagten abzutrennen. Michael Kühnen nahm an dem Prozeß deshalb nicht als Angeklagter, sondern als Zuschauer teil und konnte sich — rechtzeitig vor Beginn seines eigenen Prozesses — in die Schweiz absetzen.

Aber wahrscheinlich hätte er von diesem Prozeß sowieso nicht viel zu befürchten. Denn Staatsanwaltschaft und Gericht konnten in den Propagandamaterialien, um die es geht, nichts Strafbares entdecken und stellten deshalb das Verfahren ein. Und das, obwohl es in den Materialien u.a. heißt, daß die ANS/NA sich als „legaler Arm der national-sozialistischen Bewegung der neuen Generation in der Tradition der SA" versteht und angekündigt wird, daß die „Kader" der ANS/NA der NSDAP zur Verfügung gestellt werden, sobald deren Neugründung wieder möglich sei. Daß die „Kader" auch nach dem Verbot der ANS/NA weiter für diese Ziele arbeiten, wurde auch in dem Prozeß klar, als beispielsweise der Angeklagte Marx erkläfte, daß sein großes Vorbild Reinhard Heydrich, einer der Hauptverantwortlichen für den Massenmord an den Juden, sei ...

So blieb als Gegenstand für den Prozeß „nur" das vom Vorsitzenden Richter als „persönlicher Rachefeldzug" eingestufte „Femegericht". Mit diesem sogenannten Femegericht wollte der Neo-Nazi Marx einen Machtkampf in der Frankfurter ANS/NA-Organisation, die strikt nach dem Führerprinzip aufgebaut ist, für sich entscheiden. Zu diesem Zweck wurde der Rivale Sachse zu Hause überfallen, auf das übelste gefoltert, mehrmals symbolisch hingerichtet und schließlich in einem Wald ausgesetzt — wenn Marx und seine Kumpanen dabei ihre großen Vorbilder nicht ganz erreichten, dann nur deshalb nicht, weil ihnen der nötige Machtapparat dazu fehlte. An der nötigen Bestialität mangelte es jedenfalls nicht. Das zeigte der Prozeß mehr als deutlich.



Der Neo-Nazi beim Eintritt in den Gerichtssaal

Die CDU und die „ehemaligen Soldaten"

Erst nachdem bereits alles vorbei war, wurde in der Gemeindevertretung von Oberaula debattiert und abgestimmt — über einen Antrag der SPD mit der Überschrift „Verhinderung weiterer Treffen von Verbänden der ehemaligen SS oder anderer Gruppen mit faschistischen oder neofaschistischen Tendenzen."

Zur Debatte war extra ein Fernsehteam aus Holland angereist. Aber was das holländische Fernsehen über die Sitzung der Gemeindevertreung berichten wird, ist nicht dazu angetan, das „rechte" Bild, das man dort von Oberaula und den Bundesdeutschen überhaupt hat, wieder etwas zurechtzurücken.

Denn für diesen Antrag stimmten nur die elf SPD-Vertreter in der Gemeindevertretung. Elf CDU-Vertreter stimmten dagegen, einer enthielt sich der Stimme. Und damit war der Antrag der SPD abgelehnt. Andersherum ausgedrückt: Damit sind die Alt-SSler in Oberaula auch weiterhin willkommen.

Warum die CDU dagegen war? Weil sich die ehemaligen SS-Mitglieder bei allen drei Treffen in Oberaula „friedlich aufgeführt" hättenund weil so ein „Kesseltreiben gegen ehemalige Soldaten" nicht zu dulden sei ...

Vorruhestand mit 40

Ja, solche Pläne gibt es, ganz konkret. Die Jahrgänge 1935 bis 1944 sollen mit „attraktiven Angeboten" dazu gebracht werden, frühzeitig in den Ruhestand zu gehen.

Allerdings: Es handelt sich dabei nicht um den jüngsten Schachzug etwa der Metallkapitalisten, mit dem sie den Kampf um die 35-Stunden-Woch torpedieren wollen. Der Kreis der Leute, die angesprochen werden sollen, ist wesentlich kleiner. 1200 bis 1500 Kollegen sollen davon Gebrauch machen können.

Es handelt sich um die Offiziere der Bundeswehr. Und die Maßnahme erwägt Herr Wörner um den „Beförderungsstau" im Bundeswehr-Offizierskorps abzubauen, was er als ein großes Problem begreift.

In einer Zeit, da das Offiziersehrenwort wieder wie der Phönix aus der Asche auf die politische Bühne steigt, ist es in der Tat nicht sehr abwegig, die Unzufriedenheit dieser Kreise durch massive Geldspritzen zu besänftigen, das Verhältnis wieder zu glätten. Teuere Offiziere a. D. summieren sich da zwar mit den dann Beförderten zu nicht unerheblichen Summen — aber der Militärhaushalt wächst ohnehin jedes Jahr weiter an.

Rakete Marke „Menschenfreund"

Die Waffentechnik hat in den letzten Jahren schon so manches dicke Ding hervorgebracht, auf das sich alle Reaktionäre mit Begeisterung stürzten, im Großen wie im Kleinen.

Jeder, der sich einigermaßen darür interessiert, erinnert sich noch an die große Kampagne für die Ausrüstung der Polizei mit besonderen „Anti-Demonstrations-Waffen", die unter dem Stichwort „Gummigeschosse" jahrelang lief und heute längst Praxis wurde. Auch sie sollten ganz besonders menschenfreundlich sein — ein paar Tote und Schwerverletzte in Nordirland und der Schweiz sprachen zwar eine andere Sprache, aber das kümmert die Polizeipropaganda wenig. Nun also die „Polizeirakete" — ein Geschoß mit Eigenantrieb, das die Getroffenen „nur" zu Fall bringen soll, sonst gar nichts.

Man kann sich zwar ausmalen, was da alles an Verletzungen drin ist, auch ohne genauere Umstände zu kennen. Was die Propagandisten der „menschenfreundlichen Waffe" aber nicht daran hindert, ihren Brei weiter auszukotzen. Das erinnert immer ein wenig an die Zeiten, als der elektrische Stuhl so viel „menschenfreundlicher" war als das Henkerbeil ...

Wehrdienstverlängerung und Frauen zum Bund ...

Wörners Militarisierungsprogramm

... und später dann noch Arbeitsdienst?

Fortsetzung von Seite 1

Rund eine halbe Million Soldaten (genau 495 000) stehen bei der Bundeswehr permanent unter Waffen. Das ist die sogenannte Friedensstärke. Zählt man die einsatzfähigen Reservisten dazu, kommt man auf eine Kriegsstärke von 1,3 Millionen Soldaten. Vordergründig ist immer wieder der zu erwartende Pillenknick, die geburtsschwachen Jahrgänge, die bald wehrpflichtig werden, der Anlaß für Überlegungen Frauen einzuziehen und/oder die Wehrdienstzeit zu verlängern.

Bundeswehrminister Wörner hat aber jetzt deutlich ausgesprochen, daß die Beibehaltung der „Kampfstärke" der Bundeswehr nur ein Teil seiner Überlegungen ist. Ganz wichtig ist den Politikern und Militärs auch die Stärkung, der Ausbau der Kampfkraft der Armee. Geredet wird dabei immer vom zu verstärkenden europäischen Anteil an der NATO, gemeint ganz klar vor allem der Ausbau der Militärmacht Bundesrepublik innerhalb der NATO. Das alles, so Wörner, sei mit weiteren finanziellen Opfern für die Verteidigung verbunden. Die Stärkung sei eben nicht über theoretische Forderungen, sondern durch Anhebung der Leistungen zu erreichen. Was das neben mehr Haushaltsmilliarden für Rüstung und Armee konkret bedeutet, nannte der Minister selbst *„einige sehr unangenehme Entscheidungen"*.

Jetzt liegen sie wieder auf dem Tisch: Die Pläne, Frauen einzuziehen, die Bundeswehr für Frauen zu „öffnen", wie es von der Hardhöhe heißt. Noch werden verschiedenste Modelle geprüft. Vom zunächst freiwilligen Dienst bis zu einer späteren Wehrpflicht für Frauen zu denken, fällt jedenfalls den Militärs nicht schwer. Dazu soll der Wehrdienst — getreu SPD-Apels alten Plänen — von 15 auf 18 Monate verlängert werden, jegliche Ausnahmeregelungen, die es heute noch gibt, stehen zur Disposition. So soll auf Krankheiten, Behinderungen, erschwerende persönliche Bedingungen weniger Rücksicht genommen werden. Früher nannte man eine solche Einziehungspraxis, bei der jeder eingezogen wurde, der noch eben für einen Krieg taugte, „Aktion Heldenklau", daran orientiert man sich in Bonn offensichtlich.

In diese Entwicklung paßt natürlich auch die Erschwerung der Wehrdienstverweigerung, verbunden mit der Verlängerung des Zivildienstzeit. Die geplante Erhöhung des Anteils der Freiwilligen ist für die Bundeswehr natürlich zum einen eine reine Geldfrage — wenn Bonn die Summen fließen läßt, kann man schon genug Soldaten für länger „einkaufen". Man spekuliert hier aber auch eindeutig auf den immer größer werdenden Teil längerfristig arbeitsloser junger Leute, denen irgendwann keine andere Möglichkeit mehr machbar sein scheint, als zum Bund zu gehen. Nicht zuletzt ist ein höherer Anteil von freiwilligen Zeitsoldaten immer auch ein Faktor der ideologischen Stärke der Armee, lediglich kurzdienende Wehrpflichtige kriegt ein Generalstab nicht so leicht „in den Griff". Die Aufstockung der Zahl der Plätze für Wehrübende ist — auch das darf nicht vergessen werden — nichts anderes als eine Verbesserung der Einsatzfähigkeit der 1,3 Millionen Mann starken Kriegstruppe Bundeswehr.

Es bleibt also nicht viel von den Sorgen der Politiker und Militärs um die Gegenmittel zum Pillenknick — **hier wird ein Programm zur weiteren Stärkung der Bundeswehr diskutiert. Ein Programm, das mehr Gelder aus dem Staatshaushalt fordert, Gelder, die immer zu Lasten der Sozialleistungen, die immer zu Lasten der Armen in die Kriegsmaschinerie gebuttert werden. Und es ist ein Programm zur Militarisierung von weit mehr Menschen als bisher in der Geschichte der Bundesrepublik.**

Und wenn in dieser Debatte so oft das Wort „Wehrgerechtigkeit" fällt, sollte man hellhörig werden. Der Verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion Weiskirch will so dieser Frage ein „Expertengremium" einsetzen, das prüfen müsse *„ob es unter den gewandelten Umständen nicht doch auf Dauer so etwas wie eine allgemeine Dienstpflicht geben sollte, in die Männer wie Frauen — je nach ihren Möglichkeiten — einzubinden wären."* — Früher nannte man diese allgemeine Dienstpflicht **Reichsarbeitsdienst.**

Deine Spende hilft Gas geben

Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche kommt so langsam in die heiße Phase. Jetzt muß Tempo gemacht werden. Das gilt auch für die Partei. Daß die Auffassungen der Kommunisten in diesem Kampf Verbreitung finden ist wichtig — und es kostet Geld. Deshalb brauchen wir jede Spende unter dem Stichwort „35" auf Konto-Nummer: 6420-467, (Bankleitzahl 440 100 46), Postscheckamt Dortmund, KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.



Ostermarsch Ruhr — wie jedes Jahr eine der größten Veranstaltungen. Dabei besonders stark vertreten die Forderung nach der 35-Stunden-Woche



Blockadeaktion in Fulda — auch zur Vorbereitung der Aktionen im Herbst dieses Jahres gedacht

Ostermarsch 84 (I)
Kurzbilanz

Hunderttausende beteiligten sich erneut an den diesjährigen Ostermärschen. Wenn auch nicht so viele wie im letzten Jahr, so wurde doch deutlich, daß der Wunsch der Herrschaften in Bonn, die Friedensbewegung möge von der Bildfläche verschwinden, nicht in Erfüllung ging. Der Kampf gegen die NATO-Nachrüstungspolitik wurde fortgesetzt, die politische Debatte intensiver, der Kreis beteiligter politischer Strömungen größer. Dabei traten alle drei Hauptauffassungen zutage: die, die eine weitere „Verbreiterung" ' fordern, indem sie die Bundesregierung aus der Schußlinie nehmen wollen, die zweite, die einfach so weitermachen will wie vor dem Beginn der Stationierung, und drittens jene Kräfte, die anwachsen, die die Frage der NATO überhaupt stellen. Wobei die dritte ohne Zweifel die kleinste Strömung ist — nichts desto weniger muß unsere Partei gerade für ihre Stärkung arbeiten.


Abschlußkundgebung auf dem Frankfurter Paulsplatz: Auch hier, wie überall, klafften Welten zwischen den vom Veranstalter und der Polizei angegebenen Teilnehmerzahlen, bei diesem Ostermarsch ein besonderes Politikum

Ostermarsch 84 (II)
Nicaragua und die „35"

Besonderheiten gegenüber dem letzten Jahr: vor allem zwei. Zum einen, daß die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sehr massiv mit vertreten war, der Zusammenhang zwischen kapitalistischer Krise und Aufrüstung so auch etwas besser deutlich wurde. Und auf der anderen Seite, daß sehr stark betont wurde die Solidarität mit Nicaragua gegen die US-Aggression. Die Forderungen und das Bewußtsein von Teilen der Friedensbewegung sind konkreter politisch geworden. Beide Tatsachen stellen gerade für die weitere Entwicklung Anknüpfungspunkte dar.


Massive Polizeiüberfälle auf die Blockadeversuche in Garlstedt störten das Bild vom amtlich gepredigten „guten Verhältnis" nachhaltig. Im „Weserkurier" wurde sogar die Frage gestellt „Demonstranten als Freiwild?" Acht Schwerverletzte und rund 160 vorübergehend festgenommene Demonstranten, die nach Berichten von Betroffenen zum Teil im Minenübungsgelände ausgesetzt wurden, waren die Bilanz des Polizeiüberfalls.


Menschenkette in München, um den Schuttberg des zweiten Weltkrieges



Auch zahlreiche Arbeitsloseninitiativen waren beteiligt

Ostermarsch 84 (III)
Schüsse und Knüppel

Warnschüsse in Mutlangen, Polizeigewalt in Garlstedt — das waren die beiden Ereignisse, die im Rahmen dieser Ostermärsche am bekanntesten wurden, was die Frage des Verhaltens von Polizei und Armee betraf. Beide Fälle zeigen exemplarisch, daß es mit der Demonstrationsfreiheit da aufhört, wo es um konkrete Aktionen gegen bestimmte Einrichtungen geht, da, wo es irgendwie beginnt, für die andere Seite weh zu tun

35-Stunden-Bewegung

Urabstimmung Anfang Mai

Nach dem Scheitern des letzten Spitzengesprächs in der Metallindustrie hat die IG Metall in zwölf Tarifbezirken das Scheitern der Verhandlungen erklärt. Hans Mayr und andere Vorstandsmitglieder haben sich öffentlich ablehnend gegenüber der Möglichkeit, ein Schichtungsverfahren durchzuführen, geäußert und Urabstimmungen für die erste Maiwoche angekündigt.

Ein Extrablatt der „metall" vom 18. April enthält keinerlei Hinweis auf Tarifbezirke, in denen Urabstimungen durchgeführt werden sollen oder auf Art und Umfang geplanter Kampfmaßnahmen.

Stattdessen deuten Hans Mayr und andere Vorstandsmitglieder in Interviews mit der bürgerlichen Presse die Möglichkeit von Urabstimmungen und Streiks in mehreren Tarifbezirken an. Damit ist aber keineswegs geklärt, ob der Hauptvorstand der IG Metall nach dem Scheitern des Spitzengesprächs tatsächlich einen Durchsetzungsstreik für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich plant. Jetzt geht es darum, in Fortführung der Warnstreikaktionen, im Zuge der Mobilisierung für die Urabstimmung gegenüber dem Hauptvorstand der IG Metall mit Nachdruck die Forderung zu vertreten, daß die wichtigsten Bereiche und Betriebe der Metallindustrie, die größten und kampferfahrensten Belegschaften, die wichtigsten Regionen der Bundesrepublik und Westberlin in die Streikplanung einbezogen werden müssen.

In der Druckindustrie ist bei Redaktionsschluß noch nicht entschieden, ob Anfang Mai eine neue Verhandlungsrunde mit dem Bundesverband Druck zustandekommt. Unklar ist, auf welcher Grundlage die Führung der IG Druck und Papier überhaupt die Unternehmer zu neuen Verhandlungen aufgefordert hat. Der Bundesverband Druck hat eindeutig erklärt, daß ein Abrücken von der 40-Stunden-Woche nicht in Frage kommt, daß ein Festschreiben der 40-Stunden-Woche für die Unternehmer nach wie vor Voraussetzung für einen Abschluß in der Frage der neuen Lohnstruktur ist.

Bekräftigt hat der Bundesverband Druck lediglich sein Flexibilisierungs-Angebot, im Rahmen der 40-Stunden-Woche Ausdehnung von Schichtarbeit, längere Schichtzeiten oder Samstagsarbeit durch zusätzliche Freizeit auszugleichen. Man sollte annehmen, das ein solches Angeobt, das der Hauptvorstand der IG Metall abgelehnt hat, für den Vorstand der IG Druck und Papier erst recht nicht verhandlungsfähig ist. In diesem Zusammenhang vernimmt man aber nicht ohne Sorge, wie der IG-Druck-und-Papier-Vorsitzende Erwin Ferlemann versichert, die Gewerkschaft wolle nach Möglichkeiten für eine kostenneutrale Einführung der 35-Stunden-Woche suchen.

Mittlerweile hat der Vorstand der IG Druck und Papier den Bundesverband Druck aufgefordert, zu erklären, daß die Festschreibung der 40-Stunden-Woche und die Koppelung der Frage der neuen Lohnstruktur an die Festschreibung der 40-Stunden-Woche keine Vorbedingungen für neue Verhandlungen darstellen. Ohne eine Erklärung der Unternehmer zu diesen beiden Punkten sieht der IG-Druck-und-Papier-Vorstand keine Möglichkeit zu neuen Verhandlungen.

Die Presseberichterstattung über die Urabstimmungen in der Druckindustrie beschäftigte sich fast ausschließlich damit, daß in einigen Betrieben die 75-Prozent-mehrheit für Streik nicht erreicht wurde. Tatsache aber ist, daß in 146 Betrieben Urabstimmungen durchgeführt wurden und dabei 84,5 Prozent für Streik stimmten.



Karmann / Osnabrück

Unterm Strich ein Erfolg

Bereits vor drei Jahren war es bei Karmann/Osnabrück vier Kollegen gelungen, über einen Blockvorschlag in den Betriebsrat zu kommen. Seitdem war eine Strömung im Betriebsrat vertreten, die dem stark sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Kurs der Betriebsratsarbeit unter dem Vorsitzenden Nardmann energisch Widerstand entgegensetzte.

Auch dieses Jahr war im Arbeiterbereich wieder Persönlichkeitswahl. Um das Ergebnis gleich vorwegzunehmen: Die vier Kollegen wurden wiedergewählt; es ist aber nicht gelungen, weiter Kandidaten ihres Blockvorschlages — er bestand aus 14 Kandidaten — in den Betriebsrat zu bringen. Somit konnte auch keine Änderung des Kräfteverhältnisses in der betrieblichen Interessenvertretung bei Karmann erreicht werden.

Listenwahl gab es im Angestelltenbereich. Hier konnte die Liste der IG Metall gute Stimmengewinne erzielen und drei von vier Mandaten erringen. Ein Mandat entfiel auf die Liste der DAG.

Wie ist das Ergebnis bei den Arbeitern einzuschätzen, und wie kam es zustande?

Vor der Wahl war die Stimmung im Betrieb eigentlich so: „Diesmal werden doch wohl einige von den alten Betriebsräten rausgehauen". Und von daher hing dann angesichts des Ergebnisses so manches Gesicht herunter.

Aber unter dem Strich muß man das Ergebnis doch als Erfolg ansehen.

• Da ist zum einen die Tatsache, daß die beiden Betriebsräte Harald Klausing und Eckhard Westerhus — und auf sie konzentrierte sich auch die antikommunistische Hetze des Nardmann-Blocks — ihren Stimmenanteil von ca. 800 vor drei Jahren auf jetzt 1100 steigern konnten. Insgesamt wurden im Arbeiterbereich 3800 gültige Stimmen abgegeben, wovon Nardmann 1600 Stimmen erreichte.

• Da ist weiterhin die Tatsache, daß drei Kandidaten des Blocks nur knapp den Einzug in den Betriebsrat verfehlten. Vor drei Jahren hätte ihr Stimmenanteil noch ausgereicht, um in den Betriebsrat gewählt zu werden.

• Dann trat der 14er-Block mit einem konsequenten gewerkschaftlichen Programm an. Schon fast im Stile gelber Gewerkschaftspolitik hatte der Nardmann-Block gegen die 35-Stunden-Forderung der IG Metall einen erbitterten Kampf geführt, und in der Belegschaft bestanden und bestehen gegen die gewerkschaftliche Forderung ganz starke Widerstände. Von daher spekulierten diese Kräfte, daß ein offensives Eintreten für diese Forderung (in Verbindung mit einer klaren Stellungnahme gegen die Überstunden-Praxis bei Karmann) zur Isolierung der Kollegen des 14er-Blocks führen würden.

• Und eines darf man bei der Beurteilung des Ergebnisses nicht außer acht lassen: Dieses Jahr waren die rechten Betriebsräte voll mobilisiert. Ein wahres Trommelfeuer mündlicher und schriftlicher Propaganda gegen die konsequenten Gewerkschafter wurde in den letzen Wochen auf die Kollegen losgelassen: „Das sind alles Kommunisten", „wenn die drankommen, macht Karmann Pleite", „die wollen euch die Überstunden nehmen" … Dem Kollegen Eckhart Westerhus wurde kurz vor der Wahl durch eine aufgehetzten Vertrauensmann fast die 35-Stunden-Plakette vom Arbeitsanzug gerissen …

Einen Tag vor der Wahl schließlich wurde der ganze Betrieb mit einem Flugblatt der Rechten überschüttet (in allen Sprachen), das zwar in der Formulierung maßvoll war — mündlich liefen nach ganz andere Sachen —, aber doch eindeutig: „Wir sind keine Kommunisten und meinen nicht, durch unsere Betriebsratsarbeit die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik verändern zu müssen". Man muß sagen: Dieses Flugblatt in Verbindung mit einem 27er-Blockvorschlag und der Aufforderung „zwei streichen, den Rest wählen" hat doch seine Wirkung nicht verfehlt. Einigen schwachen Rechten hat das eine nochmalige Wiederwahl gesichert, und den Einzug von drei Kandidaten des 14er-Blocks in den Betriebsrat verhindert.

• Noch etwas Positives: In dieser Auseinandersetzung sind die Fronten auch im Betriebsrat doch in Bewegung gekommen. Eine Reihe ehrlicher Kollegen — z. T. schon seit über zehn Jahren im Betriebsrat — hat diese Hetze nicht mitgemacht. Diese Kollegen waren vom Blockvorschlag der 14 propagiert worden und haben **alle** zugewonnen. Dagegen haben die meisten Rechten trotz ihres Kraftaktes verloren.

Das Ergebnis der Betriebsratswahl hat unter nicht wenigen Kollegen auch zu Diskussionen darüber geführt, ob Persönlichkeitswahl unter den gegebenen Umständen der richtige Weg ist, solch eingefahrene Strukturen in der Gewerkschaftsarbeit bei Karmann optimal aufbrechen zu können. Gegen eine Listenwahl gab es auch unter fortschritlichen Kollegen bisher starke Bedenken, und es bestand bei nicht wenigen Kandidaten eine Tendenz, eher defensiv vorzugehen, zuviel Taktik zu betreiben usw.

Eines ist ganz offensichtlich: In einem so großen Betrieb wie Karmann (5800 Beschäftigte) ist Persönlichkeitswahl für neue und kritische Kandidaten sehr schwer. Die alten Betriebsräte haben zuerst einmal den Amtsbonus, selbst dann, wenn man denkt, dieser oder jener sei eigentlich abgewirtschaftet. Und: Der rechte Block bei Karmann beeinflußt tatsächlich noch einen großen Teil der Belegschaft. Die betriebliche Linke dagegen ist zwar nicht schwach und hat zweifellos an Einfluß zugewonnen, aber im Prinzip kann bei Persönlichkeitswahl unter bestimmten Bedingungen der rechte Block linke Kandidaten „totwählen", was auch die Absicht in diesem Jahr war.

Sicherlich sollte man die Entscheidung für Listenwahl nicht leichtfertig treffen und nur davon ausgehen, ob dadurch mehr Kandidaten durchkommen oder nicht. Die Perspektiven einer längerfristig orientierten Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit dürfen auf keinen Fall außer Acht gelassen werden. Bei Karmann sollten die konsequenten Gewerkschafter über Listenwahl aber ernsthaft nachdenken!

Ein Genosse von Karmann

Tiefdruckereien

100 neue Arbeitsplätze durch Überstundenabbau

Mitte Dezember letzten Jahres kam die Tiefdruck-Konferenz der IG Druck und Papier zu der Feststellung, daß in den bundesdeutschen Tiefdruckereien Überstunden in einem Umfang gefahren werden, daß eine zusätzliche Großdruckerei mit 700 Beschäftigten voll ausgelastet werden könnte. Die auf dieser Konferenz von Betriebsräten aus 17 Tiefdruckereien beschlossenen Maßnahmen zum Abbau von Mehrarbeit zeigen jetzt Wirkung.

Als betriebliche Sofortmaßnahmen hatte die Konferenz den Abbau bzw. Ablehnung von 12-Stunden-Schichten und Sonderschichten beschlossen. Nach nur drei Monaten kann bereits die erste positive Bilanz gezogen werden: 100 Arbeitsplätze wurden neu geschaffen, von Rationalisierung bedrohte Arbeitsplätze konnten gesichert werden.

Das Beispiel zeigt nicht nur, wie notwendig es ist, für den Abbau von Überstunden zu kämpfen. Es beweist auch sehr konkret, daß Arbeitszeitverkürzungen neue Arbeitsplätze schaffen.

Ein gemeinsames Flugblatt gaben die Vertrauenskörper der IG Metall in den Firmen Still und Jungheinrich heraus. In beiden Betrieben werden vor allem Gabelstapler hergestellt. Seit einiger Zeit besteht zwischen den Vertrauensleutekörpern ein lockerer Erfahrungs- und Informationsaustausch. Dieses gemeinsame Wehren gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Konkurrenz kann ein Beispiel geben für andere Belegschaften und Vertrauenskörper. Auch eine Zusammenarbeit entsprechender Parteizellen ist sicher nicht von Schaden.

Arbeitszeit verkürzen heißt Arbeitsplätze schaffen

JUNGHEINRICH — 35 — STILL · STILL GmbH Hamburg

Still und Jungheinrich — Gemeinsam für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

„Alle Maßnahmen, die die beiden Geschäftsleitungen bei Still und Jungheinrich gegen uns durchführen, werden immer mit der Wettbewerbsfähigkeit begründet.

Und von uns wird verlangt, daß wir alles schlucken und mit dem Unternehmer gegen andere Belegschaften zu Felde ziehen.

Still baut die technische Produktionskapazität auf 10000 Fahrzeuge pro Jahr aus, obwohl nur ca. 6000 Fahrzeuge im Jahr 1983 gebaut wurden.

Jungheinrich erhöht mit dem Neubau in Norderstedt die mögliche Stückzahl auf 11500; davon werden 1984 9000 Stück produziert.

Beide bauen die Kapazitäten aus und hoffen auf die Steigerung des Absatzes und damit auf die Verdrängung der anderen Firmen vom Markt.

Still plant 1984 einen 5,7prozentigen Rationalisierungseffekt. Dies wurde bei gleichbleibender Stückzahl 100 Arbeitsplätze (5,7 Prozent von 1706 Kollegen) vernichten.

Jungheinrich erwartet durch Einführung von Schweißrobotern, neuen Montagebändern, automatischem Hochregallager und Pulverbeschichtungsanlage einen 30prozentigen Einsparungseffekt. Die bisherige Rationalisierung hat in den letzten drei Jahren schon 128 Arbeitsplätze vernichtet.

Beide Betriebe investieren nicht mit dem Ziel, Arbeitsplätze sicherer zu machen, sondern um Arbeitsplätze zu vernichten, damit sie billiger und schneller produzieren als andere Firmen.

Still kürzt die Betriebsrente und die Fahrgelderstattung. Still führt ein Lohnsystem ein, das eine erhebliche Leistungssteigerung von den Kollegen verlangt und als „Belohnung" Lohnkürzungen mit sich bringt.

Jungheinrich schraubt die Akkordvorgabezeiten runter und will auch ein Lohnsystem, das die „überhöhten" Löhne marktgerecht senkt. Jungheinrich kürzt das Weihnachtsgeld und das Jubiläumsgeld, streicht die übertariflichen Zusatzurlaubstage.

Beide Geschäftsleitungen greifen den Kollegen also tief in die Taschen, um den Gewinn in die Höhe zu schrauben.

Beide Unternehmer betreiben also auf Kosten der Beschäftigten eine Konkurrenz, nur um von den auf dem Markt benötigten Gabelstaplern den größten Teil zu produzieren.

Bisher wurden kleinere Firmen „geschlachtet":
Linde (Still) schluckte 1980 Baker (USA) und hat einen Anteil an Fenwick (Frankreich) von 34 Prozent, der auf 100 Prozent ausgedehnt werden soll.

Jungheinrich übernahm die deutsche Produktion und den Vertrieb von Eaton Yale (USA). Am 6. April hat Jungheinrich bekanntgegeben, das sie ihre Regalproduktion an den Konkurrenten Thyssen verkauft. Thyssen bekommt den Namen, die Produktion, das Know How und die Maschinen. Die 105 Arbeitsplätze werden vernichtet.

Wann gehen sich die größeren Betriebe an den Kragen?

Teile und herrsche!
Um diese Angriffe gegen die Belegschaften erfolgreich durchzuführen, stellen die Still- und Jungheinrich-Unternehmer die Arbeiter und Angestellten in Konkurrenz zueinander.

Jeder Unternehmer fordert von „seiner" Belegschaft die längste Arbeitszeit durch Überstunden (für schnellere Liefertermine trotz knapper Belegschaft), will die geringsten Löhne und Gehälter zahlen und fordert immer schnelleres Arbeitstempo.

Gemeinsam sind wir stark!
Wenn wir dieser Konkurrenz folgen, werden sich bald Still- und Jungheinrich-Kollegen auf dem Arbeitsamt wiedertreffen. Um das zu verhindern, müssen wir uns in der IG Metall organisieren und gemeinsam für unsere Forderungen kämpfen:

Gegen Lohnabbau — gemeinsam für gewerkschaftliche Lohnforderungen und Lohnsysteme, die einen Abbau verhindern.

Gegen Rationalisierung — gemeinsam für Rationalisierungs-Schutzabkommen und Vereinbarungen über CAD/CAM, Industrieroboter, PAISY und andere Technologien.

Gegen Arbeitsplatzvernichtung — gemeinsam für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Außerdem kann die Arbeitszeit zusätzlich durch Erholpausen, Abbau und Verhinderung von Überstunden verkürzt werden.

Die Vertrauensleute von Still und Jungheinrich sehen zur Zeit in der 35-Stunden-Woche das wichtigste Mittel, die Arbeitsplatzvernichtung zu stoppen. Indem wir uns im jeweiligen Betrieb gegen die Maßnahmen der Geschäftsführungen wehren, können wir die Auswirkungen des Konkurrenzkampfes auf die Belegschaften abmildern.

Die Vertrauensleute in beiden Firmen werden gemeinsam mit allen Kollegen dafür kämpfen, daß die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich eingeführt wird.

Arbeitslose, ein revolutionärer Faktor?

Arbeitslose, ein revolutionärer Faktor? — Unter dieser Überschrift begannen wir in der Nummer 11/1984 mit dem Abdruck einer Artikelserie von Ernst Aust. Die erste Folge setzte sich unter anderem stark mit der bisherigen Unterschätzung der Arbeitslosenarbeit durch die Partei auseinander und zeigte die staatlichen Angriffe auf die Arbeitslosen auf. Die Serie wird in lockerer Folge fortgesetzt.

Solange man, wie in früheren Jahren, noch hoffen konnte, in absehbarer Zeit wieder Arbeit zu finden, war die Arbeitslosigkeit zwar ein Schock und mit finanziellen Einbußen verbunden, doch nur von vorübergehender Dauer. Heute sieht die Lage anders aus. Das drückt sich auch in der geänderten Haltung der Bevölkerung zum Problem der Arbeitslosigkeit aus. Zwar schreiben bürgerliche Zeitungen — nicht ohne Wirkung — noch immer von Arbeitslosen, die sich in der sozialen Hängematte räkeln, doch sind diese Stimmen weniger geworden. Nur knapp jeder Fünfte glaubt heute noch, daß Arbeitslose finanziell „ganz gut hinkommen", vor einem Jahr war es noch fast ein Drittel. Anfang der 80er Jahre waren noch fast 60 Prozent der Auffassung, daß viele Arbeitslose in Wirklichkeit überhaupt nicht arbeiten wollen, heute denken dies gerade noch 30 Prozent. Immerhin noch mehr als genug.

Wer heute arbeitslos wird, kann sich darauf einrichten, es länger zu bleiben, von denen, die es schon sind, ganz zu schweigen. Nur qualifizierte Facharbeiter und gehobene Angestellte, so sie nicht zu alt sind, d.h. über 40 Jahre, haben noch eine Chance. Arbeitslosigkeit aber führt die Betroffenen erst einmal in die gesellschaftliche Isolation. Man fühlt sich hilflos. Es fehlen der Betrieb, die Kolleginnen und Kollegen. Man fühlt sich wehrlos. Es fehlen die betriebliche Solidarität, Stellen wie Betriebsrat, Vertrauensleute, an die man sich wenden kann. Viele, da sie die Ursachen nicht kennen, empfinden die Arbeitslosigkeit als persönliches Versagen. Minderwertigkeitskomplexe entstehen, Depressionen.

Häusliche Vorwürfe seitens der Familie, individuelle Schuldzuweisung von seiten der Freunde und Bekannten, Ohnmacht gegenüber dem Terror der Behörden, Angst vor Diskriminierung, Abhängigkeit, Sprücheklopfen wie „Machen Sie sich doch selbständig" oder „Wenn du Arbeit haben willst, findest du auch welche", „selber schuld" sowie die heuchlerische Anteilnahme von Politikern und Unternehmern, all das trägt nicht gerade dazu bei, das Selbstbewußtsein der Arbeitslosen zu heben oder gar ihre Kampfbereitschaft, sich zu wehren, zu wecken.

Hier zeigen sich klar die Folgen der jahrzehntelangen Propagierung der Sozialpartnerschaftsideologie durch SPD und rechte Gewerkschaftsführung: „Wir sitzen alle in einem Boot, Arbeiter und Unternehmer". Und jetzt, da sie reihenweise von ihren Sozialpartnern, den Herren Unternehmern über Bord geworfen werden, strampeln sie hilflos im Wasser, die Arbeiter und Angestellten. Das ist natürlich nicht ihre Schuld. **Es ist einzig und allein die Schuld jener, die — auch heute noch — Klassenversöhnung statt Klassenkampf predigen. Die den Kolleginnen und Kollegen nicht sagen, daß, wenn sie das Boot wirklich besitzen und auf klaren Kurs bringen wollen, sie die Unternehmer, die Kapitalisten über Bord werfen müssen!**

Aber es sind ja nicht nur die psychischen Belastungen der Diskriminierung, der Isolierung, die die Arbeitslosen treffen, es ist vor allem der rigorose Sozialabbau, die materielle Verelendung. 48 Prozent der Haushalte der Bundesrepublik sind mit Ratenkrediten und noch mehr mit Überziehungskrediten verschuldet. Die Durchschnittsverschuldung pro Haushalt beträgt 10 550,— DM. Welcher Arbeiter oder untere Angestellte konnte sich denn — auch in „guten Zeiten" — ein Auto, einen Fanbfernseher etc. leisten, ohne Kredit aufzunehmen und jahrelang abzustottern. Von einem eigenen Häuschen ganz zu schweigen. In dieser Situation arbeitslos zu werden, ist für die meisten dann das endgültige Aus.



Manchem steht schon bei ein paar tausend Mark Schulden das Wasser bis zum Hals, manchem erst bei einigen zehntausend Mark. Schulden hat man nicht nur bei Teilzahlungsbanken, sondern auch bei Versandhäusern, beim Vermieter, bei Autohäusern, beim Finanzamt. Auch bei ehemals Gutverdienenden ist das Ende vom Lied dann die Sperrung von Strom und Gas, die Räumungsklage, das Obdachlosenasyl. Zu Hauf geraten die mühsam ersparten Eigenheime der Häuslebauer unter den Hammer. Großverdiener an diesem Elend sind die Kreditinstitute und Banken. Hauptbetroffene sind Kreditnehmer mit niedrigen Einkommen, insbesondere Arbeitslose, Rentner, Schwerbehinderte, kinderreiche und ausländische Familien.

Doch auch ohne hohe Verschuldung wird die Arbeitslosigkeit zum Hammer. Es wird an allen Ecken und Enden gespart: die Zeitung abbestellt, die Zimmertemperatur gesenkt, nur noch ein Zimmer geheizt, Urlaub fällt flach, Sonderangebote werden gesucht, Aldi ist in. Nach und nach werden Dinge, die man nicht dringend benötigt, verkauft. Weit unter ihrem Wert. Die Verkaufsanzeigenspalten in den Zeitungen werden länger und länger. Die Pfandhäuser machen das Geschäft ihres Lebens. Die Verarmung von Millionen wächst unaufhaltsam. Flucht in den Alkohol, in den Selbstmord sind, wie die steigenden Ziffern zeigen, die unausbleiblichen Folgen, wie auch die wachsende Zahl der sogenannten Eigentumsdelikte.

Für Bonn, für die Bundesregierung, ist das alles kein Problem ihrer Gesellschaftspolitik, allenfalls eines für die Polizei. Sie fährt in ihrer Wende- ihrer Umverteilungspolitik fort. Durch ihre sogenannten Sparmaßnahmen von 1982 bis 1984 werden nach Ermittlungen des Seminars für Sozialpolitik der Universität Köln bis **1985 rund 210 Milliarden Mark zu Lasten breiter Bevölkerungsschichten und zugunsten von Unternehmen und Besserverdienenden sowie zur Entlastung des Staates umgeschichtet.** Da redet man in Bonn von wirtschaftlichem Aufschwung, vom Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, während man gleichzeitig die, denen man zu helfen vorgibt, an den Rand des Existenzminimums drückt. Die Arbeitslosen in ihrem täglichen Existenzkampf müssen sich ja so langsam verarscht fühlen. Besonders dann, wenn sie sehen, daß, während sie darben, sich andere gesundstoßen, sich eines Lebens in unvergleichlichem Wohlstand erfreuen.

Unternehmer, Privilegierte stellen ihren neuen Reichtum provozierend zur Schau. In einer Umfrage der „Wirtschaftswoche" hat nach Aussage des Düsseldorfer Importeurs für Nobelkarossen, Helmut Becker eine „richtige Umkehr" stattgefunden: „Wir haben dieses Jahr (1983) ein hervorragendes Jaguar-Ergebnis mit einer Verkaufssteigerung von rund 85 Prozent gegenüber dem Vorjahr." Der Münchner Pelzhändler Stange-Erlenbach meint: „Wenn die Qualität stimmt, dann spielt der Preis überhaupt keine Rolle mehr". Die gesamte Zobelproduktion war bei ihm sofort verkauft. Und auch den Grund für diesen reißenden Absatz hat er erkannt: Seit „dem Rechtsruck in Bonn haben die Leute ein neues Luxusbedürfnis". Das Juwelierhaus René Kern in Düsseldorf meldet: „Vor allem bei hochwertigen Juwelen haben wir einen richtigen Boom". Gute Steine kosten hier immerhin vierhundert- bis sechshunderttausend Mark. Selbstverständlich stieg auch der Absatz von Delikatessen z.B. von Kaviar, vor allem der feinsten Sorte Beluga, im Münchner Delikatessenladen Dallmayr, sowie der Umsatz von Spitzenweinen. Der älteste Cognac des Hauses stammt aus dem Jahre 1798 und kostet die Kleinigkeit von 4 800 Mark.

Wen wundert es da, wenn die Wut der Arbeitslosen wächst. Doch versucht man sie ruhig zu halten, ihnen Feindbilder aufzubauen: die Ausländer, die den Deutschen, die Frauen, die den Männern, die Älteren, die den Jugendlichen, die Jugendlichen, die den Älteren die Arbeit wegnehmen, die, die noch in Arbeit Stehenden, die nicht bereit sind, auf einen Teil ihres Lohnes zu verzichten, um dadurch den Unternehmern die Einstellung von Arbeitslosen zu ermöglichen. Schon spricht man wieder — wie bei den Nazis — diffamierend von „Doppelverdienern", vorerst noch im öffentlichen Dienst, von denen einer, natürlich die Frau, die Arbeit aufgeben muß. Schon überlegt man seitens der CDU die Einführung eines Arbeitsdienstes für Jugendliche unter 25 Jahren. Die Junge Union stellte den Antrag, die Arbeitsvermittlung freizugeben für Privatunternehmen, was nichts anderes heißt, als die Einführung eines modernen Sklavenhandels nach der Art: „Sie suchen eine Anstellung als Elektroingenieur? Für 5 000 DM kann ich Ihnen ein vermitteln". Bei Hilfsarbeitern wäre man wohl mit 1 000 DM zufrieden.

Nein, die Bonner Unternehmerregierung denkt nicht im Traum daran, das Heer der Arbeitslosen zu beseitigen. Was kümmert es sie, ob rund 3,8 Millionen offizielle und inoffizielle Arbeitslose, mit ihren Familien rund 8 bis 10 Millionen Menschen, am Rand des Existenzminimums leben. Hauptsache ist sie stören die behütete Welt der Mehrheit, die noch in Besitz von Arbeit und relativem Wohlstand lebt, nicht. Tun sie es doch, nun, wozu hat man denn seine Polizei und seine Gefängnisse. Wer ohnehin zu kurz gekommen ist, soll zahlen bis er schwarz wird, und das wer dagegen ist, ist gegen das Wohl des Volkes. Kapitalistische Wolfsmoral. **Außerdem brauchen die Unternehmer die Arbeitslosen, ein paar runde Millionen, einige Hunderttausend nützen da nichts, um ihre Position auf dem Arbeitsmarkt zu stärken, um die Löhne zu drücken, um sich Arbeiter und Angestellte gefügig zu machen.**

In schöner Offenheit schrieb das Unternehmerblättchen „Die Welt" (am 31.1.84), bisher war die Beschäftigungspolitik darauf fixiert: „den Arbeitsplatz als Vollkasko-Einrichtung auszustatten. Lohnfortzahlung, Kur, Urlaub, Sozialplan, Betriebsrente, Schutz vor Rationalisierung und Kündigung nebst vielem anderem rankte sich um den Arbeitsvertrag" ... „Bei mehr als zwei Millionen Erwerbslosen geht es jetzt darum, jene Kostenlogik herzustellen, die es lohnenswert macht, einen neuen Arbeitsplatz zu schaffen" ... „den Arbeitsvertrag von Kostenblöcken zu befreien, ist nicht herzlos, sondern beweist Hers für die Arbeitslosen". Oder am 2.2.84: „Mehr als auf die Konjunkturaussichten für zwölf Monate kommt es auf die Bedingungen an, zu denen jeder, der arbeiten will, auch einen Arbeitsplatz angeboten bekommt. Das hängt nicht zuletzt vom Lohn ab ... In einer klaren, schnörkellosen Sprache zeigt die Regierung den Weg dorthin. Es ist der Weg der sozialen Marktwirtschaft, die so trefflich funktioniert ..."

Das heißt nicht mehr und nicht weniger als weg mit dem sozialen Klimbim wie: Lohnfortzahlung, Kur, Urlaub, Sozialplan, Betriebsrente, Schutz vor Rationalisierung und Kündigung etc. Überläßt es der „sozialen Marktwirtschaft", dem freien Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, überläßt es jedem selbst, zu welchen Bedingungen er seine Arbeitskraft an den Unternehmer verkaufen will. Tarifverträge, Gewerkschaften, stören da nur. Wenn 37 Mann sich um einen Arbeitsplatz bewerben, so erhält den Zuschlag halt der, der bereit ist, für den niedrigsten Stundenlohn zu arbeiten und auf solch sozialen Klimbim wie vier Wochen Urlaub etc. zu verzichten. Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wird diese Bereitschaft schon wachsen. Mit kapitalistischer Marktwirtschaft hat das alles, mit „sozial" nicht das Geringste zu tun.

Warum wohl sind die Unternehmer, ist die Regierung so entschieden und kompromißlos gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche? Warum nennt sie der Bundeskanzler „absurd und dumm"? Warum wohl befördert der Graf von baltischem Adel, der Wirtschaftsminister, die IG Druck und Papier, die sich am konsequentesten für die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einsetzt, zu einer „marxistischen Kaderorganisation"? Weil sie die Profite der Unternehmer schmälert? Sicherlich auch, doch die Hauptsache ist, weil ihre konsequente Durchsetzung das Heer der Arbeitslosen um 1,4 bis 1,8 Millionen verringern könnte, womit ihr Druckmittel auf die noch in Arbeit Stehenden an Wirkung verlöre.

Warum wohl legt die Regierung, während die Gewerkschaften im Zusammenhang mit der 35-Stunden-Woche auch für den Abbau der Überstunden kämpfen, einen Referentenentwurf vor, der in Ablösung der Arbeitszeitverordnung aus dem Jahre 1938, erneut in § 1 die 48-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit festschreibt. Dabei soll der Grundsatz des 8-Stunden-Tages an sechs Werktagen (also auch samstags) gelten, der durch „Vor- und Abschlußarbeiten" auf neun bzw. zehn Stunden, also auf eine 60-Stunden-Woche erweitert werden kann. Allerdings, die tägliche Ruhezeit soll mindestens elf Stunden betragen. Das heißt, über 13 Stunden am Tag darf ein Unternehmer Arbeiter und Angestellte nicht beschäftigen. 400 Überstunden pro Jahr darf er ihnen nach einem Entscheid des Bundesarbeitsgerichtes heute schon zumuten.

Das heißt, die Reaktionäre in Bonn, die Unternehmer sind nicht nur gegen die 35-Stunden-Woche, selbst die 40-Stunden-Woche ist ihnen schon zuviel. Sie wollen zurück zu Wilhelminischen Zeiten. Sie denken nicht im Traum daran, z.B. den Abbau der zwei Milliarden Überstunden jährlich, rund 1,2 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen, im Gegenteil, sie wollen die vorhandene Arbeit mit möglichst wenig Arbeitskräften schaffen. Deswegen investieren sie auch, — soweit sie ihr Geld nicht für lukrative Zinsen in den USA anlegen — 82 Prozent in der Rationalisierung, der Einführung neuer Techniken, in der Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Brennpunkt Zentralamerika

Im zweiten Teil des Gesprächs, das ein RM-Redakteur Mitte Febuar in Managua mit Genossen der MAP-ML führte, geht es zum einen um die Geschichte der Differenzen zwischen den Marxisten-Leninisten und der FSLN, die sich schon kurz nach der Befreiung von Somoza, dem Triumph der Revolution in großer Schärfe deutlich machten und zum anderen um die aktuelle Haltung der MAP-ML zu den regierenden sandinistischen Kräften.

Gesprächspartner in Managua war Genosse Carlos Cuadra, Mitglied der Führung der MAP-ML und Chefredakteur der Parteizeitung „Prensa Proletaria".

MOVIMIENTO DE ACCION POPULAR MARXISTA LENINISTA (MAP-ML):

Über die Differenzen der Marxisten-Leninisten Nicaraguas mit der Frente Sandinista de Liberacion National (FSLN)

RM-Interview in Managua (II)

Im Kampf gegen Somoza hatten sich verschiedenste Klassenkräfte zusammengefunden. Auch Teile der Bourgeoisie kämpften mit gegen den Diktator. Welche Probleme und Schwierigkeiten sich aus dieser Situation nach dem Triumph der Revolution 1979 ergaben, schildert Genosse Cuadra rückschauend.

Der von der MAP und ihren Organisationen geführte Kampf beinhaltete einen grundsätzlichen Widerspruch zu der von der FRENTE (FSLN) angewandten Taktik. Wir akzeptierten die Möglichkeit der Schaffung von Einheitsfrontinstanzen der anti-somozistischen Kräfte unter der Voraussetzung, daß die revolutionären Strukturen, die Strukturen des Proletariats, der Werktätigen ihre Unabhängigkeit bewahrten. Wir waren gegen den Zusammenschluß wie ihn die FRENTE förderte in einem einzigen Projekt, das später die Unmöglichkeit des weiteren Voranschreitens des Kampfes und des revolutionären Prozesses beinhalten mußte. Wir hatten enorme Widersprüche zu diesen Vorstellungen. Wir riefen zur Einheit der Linken auf, obwohl wir nie die Notwendigkeit verneinten, Blöcke auch mit Teilen der Bourgeoisie gegen den Somozismus zu bilden.

Wir verstanden allerdings den Kampf nicht nur als Kampf gegen den Somozismus, sondern als eine Etappe im Klassenkampf in Nicaragua, die Auswirkungen auf die Organisation der Klasse, auf den Kampf gegen die Bourgeoisie, den Kapitalismus und Imperialismus in Nicaragua haben müßte.

Diese Auffassungen führten logischerweise zu Widersprüchen mit der FRENTE. Der erste Widerspruch ergab sich unmittelbar nach dem Triumph (der Revolution 1979, RM). Die FRENTE schloß die Zeitung „el pueblo", weil wir die Fähigkeit hatten, die erste Zeitung, d. h. die erste Publikation nach dem Triumph herauszubringen. Am 20. Juli 1979 erschien die Zeitung „el pueblo" zum ersten Mal, das zweite Mal am 23. Juli und dann wurde die Redaktion von der FRENTE geschlossen. Auch die MILPAS (Milicias Populares Anti-Somocistas — Antisomozistische Volksmiliz, RM) wurden Objekt der Verfolgung. Die Partei beschloß, die MILPAS aufzulösen und den politischen Kampf zu führen. Die Genossen wurden aufgerufen, sich am politischen und gewerkschaftlichen Kampf aktiv zu beteiligen. Zwischen Juli und Oktober/November erlangt die FRENTE OBRERO (FO) ihre gewerkschaftliche Aktivität wieder und entwickelt sich zur beinahe wichtigsten gewerkschaftlichen Organisation in Nicaragua. Dies führte dazu, daß die FRENTE zunehmend als Gefahr betrachtete, zumal wir die einzige Organisation in Nicaragua waren, die über militärische Erfahrungen verfügte und über ideologische Erfahrungen durch die Zeitung „el pueblo", deren Erscheinen ein Erfolg war, da sie als Sprachrohr des Kampfes des Volkes, der Werktätigen und der Linken im allgemeinen gegen den Somozismus diente, indem sie diesem Kampf eine Einschätzung vom Standpunkt der Linken aus gab, als Gegengewicht zu der Einschätzung und dem „Kapital daraus schlagen" von Seiten der Bourgeoisie. **Wir waren organisiert, verfügten über gewerkschaftliche Erfahrung und Erfahrungen in der Organisierung der Massen und waren eine Organisation mit einer großen Mobilisierungs- und Agitationsfähigkeit.** Das führte dazu, daß die FRENTE im September den Beschluß faßte, uns zu zerschlagen. Unser rasches Wachsen und unsere Opposition dazu, daß eine Periode der „Entwaffnung" eingeleitet wird, auf die die Bourgeoisie in der Regierung so geschickt drängte mit der Durchsetzung der Projekte „ideologischer Pluralismus" und „gemischte Wirtschaftsform".

Die Partei charakterisierte ihre Position als eine Position der revolutionären Opposition zu dieser Regierung, mit dem Ziel, die Entwicklung der Klasse, die Organisierung der Klasse und die Stärkung der Partei voranzutreiben.

Konkrete Fälle der Unterdrückung beschreibt Genosse Cuadra anhand des Vorgehens der FSLN gegen die von der MAP-ML geführte Gewerkschaftsorganisation FRENTE OBRERO und die parteiunabhängige linke Zeitung „el pueblo".

Gegen Endes des Jahres 79 wurde die FO Zielscheibe der Unterdrückung. Im Oktober/November sind zwischen 140 und 160 Gewerkschaftsführer der FO Gefangene. Ende November werden sie freigelassen. Zum ersten Mal haben wir im Zusammenhang mit der Freilassung eine Diskussion mit der FRENTE. Angeblich soll eine neue Periode anbrechen, die der Diskussion der Widersprüche. Das findet jedoch nicht statt. Im Januar 1980 wird erneut eine Kampagne der Unterdrückung gegen die MAP gestartet und die Zeitung „el pueblo" wird endgültig geschlossen. „El pueblo" hatte am 14. August, als die bürgerliche Presse mit ihrem Erscheinen begann, ebenfalls wieder ihre Herausgabe aufgenommen ohne um Erlaubnis zu fragen, und erschien von August bis Januar 1981, als „el pueblo" definitiv geschlossen wurde. Zu diesem Zeitpunkt werden alle Parteigenossen verfolgt. Die Partei zieht sich zurück, ein Teil der Genossen wird verhaftet. Vier Genossen der Partei werden zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Zu diesem Zeitpunkt befindet sich die FRENTE in einer totalen Allianz mit der oppositionellen (gemeint ist die anti-somozistische, RM) Bourgeoisie in der Regierung. Diese Kampagne gegen die FRENTE wird durch diese Bourgeoisie verstärkt, die zum einen mit in der Regierung ist und darüberhinaus weitere Möglichkeiten der Unterdrückung gegen uns hat. Die Bourgeoisie benutzt diese Kampagne gegen uns, um nicht nur die FO sondern die Arbeiterbewegung insgesamt zu unterdrücken. Die Arbeiterbewegung wird empfindlich geschwächt und durch die Bourgeoisie in dieser Zeit kontrolliert. In dieser Situation beginnt die Bourgeoisie eine Kampagne der „Forderungen", genau im Mai 1980. Robelo verläßt die Regierungsjunta und es beginnt ein Bruch mit einem Teil der Bourgeoisie. Dieser Bruch führt die FRENTE dazu, sich klarzuwerden, welche Folgen die ideologische Offensive der Bourgeoisie haben kann. Die FRENTE macht eine „Linkswendung" und versucht die Allianz mit der Linken wieder herzustellen und die Arbeiterbewegung wieder zu aktivieren. Diese Umstände (Offensive der Bourgeoisie, RM) und die Notwendigkeit, die für die FRENTE darin besteht, ihr Ansehen in der Arbeiterbewegung und in den Massen wiederzugewinnen, führten zur Freilassung der Genossen der MAP und der FO. Gleichzeitig werden wir erneut aufgefordert, uns als Organisation aufzulösen und sie fordern uns auf, uns zu „integrieren", auch in der FRENTE. Die Partei lehnt dieses Angebot ab, beginnt erneut mit der politischen Arbeit, obwohl die FRENTE weder die Existenz der MAP, noch der FO anerkennt.

Im September 1980, angesichts der großen Offensive, die die Bourgeoisie vor allem auf ideologischem Gebiet begonnen hat und der Zwischenfälle bzw. Auseinandersetzungen, die es auf der Ebene der Massen (enfrentamientos a nivel de mases) gegeben hat, sehen sie (die FSLN) sich gezwungen, uns erneut zu rufen, vor allem, was die Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterbewegung betrifft und zum ersten Mal, nach dieser ganzen Periode, erkennen sie erneut die Existenz der FO an. Aus diesen Diskussionen mit der FRENTE entwickelt sich die Coordinadora Sindical de Nicaragua (die gewerkschaftliche Koordination CDS) als ein Projekt der Einheit gegen die Offensive der Bourgeoisie auf dem Gebiet der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Seit dieser Zeit haben die MAP, die FO, die Marxistisch-Leninistische Jugend eine Periode der Zurückgewinnung ihrer Kräfte begonnen, der inneren Reorganisierung. Dieser Prozeß hatte Auswirkungen innerhalb der Partei, wo sich ein langer und zugespitzter Kampf entwickelte gegen einige Genossen, die die Perspektive verloren hatten und die Partei verließen. Dieser Kampf ging bis August 1982, wo auf dem letzten Kongreß der Partei die Linie und Taktik erneut festgelegt wurden. Seitdem hat die Partei alle politischen Möglichkeiten genutzt, und grundsätzlich eine Massenlinie angewandt ohne auf Möglichkeiten zu verzichten, bei offiziellen politischen Stellen etc. unser Recht zu fordern, im Staatsrat vertreten zu sein und als politische Partei anerkannt zu werden. Gleichzeitig führten wir Kampagnen unter den Massen durch.

Diese Arbeit hatte Auswirkungen auf die Festigung der inneren Strukturen der Partei und bedeutete die Wiederherstellung der Verbindung mit den Massen. Zu diesem Zeitpunkt hat die Partei bereits wieder zwei Regionalkomitees und hat schon die notwendigen Schritte eingeleitet, die für die Anerkennung als Partei Voraussetzung sind. Weiterhin hat die Periode des Anwachsens der FO begonnen, in der Weise, daß es schon FO-Komitees in verschiedenen Fabriken gibt. Im Augenblick besteht die Hauptarbeit der FO-Komitees in der Organisierung. Das geht langsam und verdeckt vor sich, denn sobald die Komitees offen in Erscheinung treten sind sie Ziel der betrieblichen Unterdrückung. Ein Arbeiter, der als FO-Mitglied erkannt wird, läuft leicht Gefahr, entlassen zu werden. Deshalb werden die Aktivitäten von gewerkschaftlichen Aktivisten von anderen betrieben, d.h. von außen gemacht, um die bestehenden Organisationsansätze in den Fabriken nicht zu gefährden. In diesem Augenblick z.B. konnte nach dem Streik in der Zuckerraffinerie San Antonio, der von Montag bis Mittwoch (6.—8. Februar 1984, RM) von den 4000 Arbeitern durchgeführt wurde, die FO wieder ihre Arbeit organisieren. Die Raffinerie war in der Vergangenheit ein Betrieb gewesen, in dem die FO die führende Organisation war — heute gibt es dort wieder Komitees der FO, trotz der großen Unterdrückung, die dort in der Vergangenheit stattgefunden hatte.

Nochmals geht Genosse Carlos Cuadra auf die Wahlen ein und berichtet vom Kampf der Partei um Gleichstellung mit allen anderen Parteien Nicaraguas, denn die MAP-ML ist bis heute, auch nach der Ankündi-



EL PUEBLO

UN PERIODICO DE NUEVO TIPO QUE EXPRESA EL ACTUAR Y LAS ASPIRACIONES DE LAS MAYORIAS

Nº 127 C$1.00

GOLPEAN MERCADO NEGRO

Gigantesco Operativo en el Oriental

Artilleros del EPS contra las Drogas

Nuevamente Apresan Voceador de El Pueblo

MUERTE A LA IGNORANCIA

Inaguran Centro Universitario del Norte "Leonel Rugama"

Die Herausgabe der linken, parteiunabhängigen Zeitung „El Pueblo" geschah mit starker Unterstützung der Genossen der MAP-ML. Hier eine Ausgabe vom 17. November 1979. Wenige Monate nach der Revolution prangerte das Blatt entschieden den sich ausweitenden Schwarzmarkt an und verlangte strikte Maßnahmen gegen die Spekulanten und Schieber. Die FSLN hat diese Zeitung verboten.



Das Emblem der Gewerkschaftsorganisation FRENTE OBRERO (oben) und der MAP-ML (unten).

gung der Wahlen für November noch immer nicht voll legalisiert, ist nicht wie sämtliche anderen politischen Parteien im Staatsrat vertreten, wo entscheidende Vorarbeiten für die Wahlen geleistet werden.

Die Partei macht z. Z. — ich wiederhole es — Gebrauch von allen Möglichkeiten und hat den Massen und den offiziellen Instanzen ihre Postionen zu dem von der FRENTE eingeleiteten Prozeß der Institutionalisierung präsentiert. **Unsere grundsätzliche Position: Erneut gehen wir von der Notwendigkeit aus, Organe der Volksmacht, der Klassenmacht zu organisieren und die Partei zu stärken, d. h. einen frontalen Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen, wobei wir eine Übereinstimmung (convergencia) mit der FRENTE anstreben bei den Reformen, die sich vorteilhaft auf den revolutionären Prozeß auswirken und die zum Ziel haben, das Proletariat, die Werktätigen an die Spitze der geplanten Reformen zu stellen, damit sie dieser Reform ihren Klassencharakter geben und einen Schritt vorwärts ermöglichen.**

Unser Ziel ist es, die proletarischen Perspektiven angesichts der verschiedenen Projekte zu entwickeln und unser grundsätzlicher Widerspruch zur FRENTE besteht bei dem Projekt, den Zielvorstellungen von „ideologischem Pluralismus, gemischter Wirtschaftsform, nationaler Einheit", die die FRENTE durchsetzen will. Wir fordern außerdem die Notwendigkeit, Mechanismen der Arbeiterkontrollen einzuführen und angesichts der Wahlen fordern wir die Institutionalisierung, d.h. die Schaffung des juristischen Rahmens, der ausgeht von einem proletarischen, popularen Standpunkt, der anerkennt, was der Triumph des Volkes bedeutete und der die Organisation der Arbeiter, der Massen privilegiert, gegen die Bourgeoisie und ihre Organisationen.

In diesem Zusammenhang stellten wir ein Parteiengesetz vor, das politische Rechte für die Arbeiter, Werktätigen und ihre Organisationen forderte und der Bourgeoisie und ihren Organisationen diese politischen Rechte abstreitet. Angesichts der Wahlen erklärten wir, daß die Wahlen ein formaler Mechanismus seien und daß die Massen nicht einen Wahlprozeß sondern die Definition der Macht forderten und daß deshalb ein Prozeß der Demokratisierung eingeleitet werden müßte, der die Massen in die Machtausübung einbezieht. Angesichts der Alternative einer verfassungsgebenden Versammlung (constituyente) schlagen wir folgende Alternative vor: **Die Schaffung einer Volksversammlung mit Repräsentanten der Werktätigen, die von ihren Wählern kontrolliert werden, d.h. eine „asamblea popular, sindical y campesina", wo die Repräsentanten von ihren Wählern kontrolliert werden, eine Versammlung mit permanentem Charakter, die sowohl legislative als auch exekutive Aufgaben wahrnehmen müßte.** Dieses von uns vorgeschlagene Projekt verstehen wir als ein Machtorgan einer Übergangsphase hin zu der Schaffung wirklicher Organe der Arbeitermacht, in dieser Etappe würden die Massenorganisationen, die CDS, die Gewerkschaften, die Bauern- und Stadtteilorganisationen in direkten Wahlen ihre Vertreter für die Versammlung wählen. Die Partei hat sich noch nicht geäußert darüber, ob sie an dem Wahlprozeß, so wie ihn die FRENTE vorgeschlagen hat, teilnehmen wird oder nicht. Nichtsdestoweniger hat die Partei beschlossen, an der allgemeinen Kampagne teilzunehmen, um ihre Vorstellungen und die des Proletariats Nicaraguas klarzumachen.

Wir haben ein Dokument veröffentlicht darüber, wie wir sowohl die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten als auch die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung einschätzen und wo wir die Unterschiede zu unserer Vorstellung über eine Volksversammlung herausarbeiten. Gleichzeitig, d. h. am 3. Dezember veröffentlichten wir ein weiteres Dokument, das wir zum ersten Mal in ganz Nicaragua verbreiteten. Es ist sehr allgemein gehalten, um nicht in heftige, gewalttätige (violenta) Auseinandersetzungen mit dem Sandinismus zu geraten. Wie schon gesagt, sind unsere Einschätzungen sehr allgemein gehalten, aber sie ermöglichen uns, unsere Positionen im ganzen Land bekanntzumachen.

Das Dokument vom 3. Dezember analysiert die bestehenden Kräfte, die Taktiken, die sie anwenden, die internationalen Kräfte, contadora etc. und unsere Einschätzung der Situation und der vorhandenen Kräfte. Auch unsere Presse hat auf diesen Gebieten eine wichtige Arbeit entwickelt.

Aber im Augenblick befinden wir uns in einer nationalen Kampagne der Information, verbunden mit agitatorischen Formen, für das Recht der MAP im Staatsrat vertreten zu sein und für die Wiedereinbeziehung der FO in den Staatsrat.

Nach dem Parteiengesetz sind wir eine politische Partei, die auf dem Instanzenweg ihre Legalität erhalten muß. Die Regierungsjunta hat in ihrem letzten Dekret die erst nach dem 19. Juli gegründete partido social-demócrata, die offensichtlich Verbindungen mit der bewaffneten Konterrevolution hat, als politische Partei anerkannt, ebenso die Kommunistische Partei Nicaraguas (PCN), eine revisionistische, prosowjetische Partei, die jetzt beide im Staatsrat vertreten sind. Die einzige politische Partei, die in Nicaragua exisitert und nicht im Staatsrat vertreten ist, ist die MAP.

„Die MAP-ML charakterisiert ihre Position als eine Position der revolutionären Opposition zu dieser Regierung, mit dem Ziel, die Entwicklung der Klasse, die Organisierung der Klasse und die Stärkung der Partei voranzutreiben."

Ante las elecciones el llama a: MAP-ML

CONVERTIR LA LUCHA ELECTORAL EN UNA VIGOROSA Y AMPLIA LUCHA DE CLASES DEL PROLETARIADO CONTRA LA BURGUESIA, EL IMPERIALISMO Y EL REVISIONISMO



1.- El Gobierno de Reconstrucción Nacional y el Frente Sandinista de Liberación Nacional, han anunciado la convocatoria de elecciones que desarrollarán en 1985. La oposición burguesa ha aplaudido la decisión de hacer elecciones después que presionó hasta conseguirlas.

A cuatro años del triunfo popular contra el somocismo y de la instauración en el poder del sandinismo, se abre así un proceso eleccionario que está siendo fruto de las contradicciones entre el poder fundamentalmente económico y militar de la burguesía y el imperialismo y el poder fundamentalmente político y militar del sandinismo.

Para la burguesía y las fuerzas pro-imperialistas, el proceso eleccionario debe abrirle mayores cuotas de poder político, más participación y control sobre el Estado y más espacio para ampliar su base social, en la ruta para la reconstrucción total de su poder.

Para el sandinismo y resto de fuerzas nacionalistas, el proceso eleccionario se concibe como un movimiento táctico que incluye concesiones a la burguesía opositora, pero que no debe poner en peligro la estabilidad o la conservación del poder mismo del sandinismo y sus aliados.

Así, para los trabajadores, el proceso eleccionario aparece como parte de la pugna por el poder entre el sandinismo y resto de fuerzas nacionalistas con la burguesía opositora y las fuerzas pro-imperialistas. Pugna que los trabajadores deben aprovechar para hacer emerger y desarrollar su propia participación, -

Ein Flugblatt der MAP-ML vom 18. Januar 1984

Meldungen

Libysche Provokation?

London. — Nach dem bis heute ungeklärten Zwischenfall vor der libyschen Botschaft in London, bei dem eine britische Polizistin erschossen wurde, hat die Thatcher-Regierung mit einer Reihe provokanter Maßnahmen den Konflikt zwischen Tripolis und London verschärft.

Während die Libyer darauf bestehen, die Vorwürfe, aus ihrer Botschaft sei geschossen worden, selbst oder durch eine neutrale Kommission untersuchen zu lassen, besteht die britische Regierung darauf, innerhalb der Botschaft, also auf international anerkannt **nicht** britischen Gelände ihre Staatsgewalt einzusetzen. Die von Ghaddafi angekündigte Untersuchung und das Versprechen, einen eventuell Schuldigen nach libyschem Recht zu bestrafen, reichte der Regierung Thatcher nicht aus. Mit einer kriegsmäßigen Belagerung der Botschaft, die vollständig umstellt und von vielen Scharfschützen ins Visier genommen worden ist, unterstützte sie ihre völkerrechtswidrigen Ansprüche.

Selbst ein Bombenanschlag auf dem Londoner Flughafen wurde dann noch — gegen mittlerweile beweisbare Tatsachen — den Libyern in die Schuhe geschoben. Als sich nicht absehen ließ, daß Libyen den erpresserischen Forderungen der britischen Regierung nachzugeben bereit ist, brach London die diplomatischen Beziehungen ab und stellte sämtlichen Diplomaten und Beschäftigten der Botschaft ein kurzfristiges Ultimatum zum Verlassen des Landes.

Die Politik der Thatcher-Regierung hat nichts anderes zum Ziel, als das Libyen Ghaddafis als einen Terroristenstaat hinzustellen, auf den international anerkanntes Völkerrecht, wie die Wiener Vereinbarungen über den Schutz der Botschaften in anderen Ländern, nicht eingehalten werden brauchen.

14 Todesurteile gegen Kurden

Die Welle der Todesurteile in der Türkei reißt nicht ab. Nach letzten Meldungen sind in der Türkei in mehreren Städten insgesamt 26 Menschen zum Tode verurteilt worden. Die Unterdrückungswelle läuft auch so nach den letzten Scheinwahlen unvermindert weiter. Der Staatschef Evren warnte erst am vergangenen Sonntag die Bürger der Türkei vor der „Wiederaufnahme der geheimen Aktivitäten subversiver und separatistischer Kräfte". Die „Separatistischen Kräfte", das sind vor allem die Kurden im offiziellen Sprachgebrauch der Diktatur. Am vergangenen Donnerstag hatte ein Militärgericht im südostürkischen Bezirk Adana Angehörigen dieser unterdrückten nationalen Minderheit in der Türkei einen Massenprozeß gemacht.

Danach wurden 14 Kurden zum Tode verurteilt, vier weitere erhielten lebenslängliche Haftstrafen, 45 Angeklagte zwischen einem und zwanzig Jahren. Alle Angeklagten wurden mit der verbotenen „Kurdischen Arbeiterpartei" (PKK) in Verbindung gebracht.

Indische Hafenarbeiter erfolgreich

Trotz massiven Terrors der Polizei und des Militärs, das unter Streikenden und in den Wohnvierteln von Hafenarbeitern ein Blutbad anrichtete (der RM berichtete), haben die Hafenarbeiter in Ostindien einen Lohnabschluß erreicht. Nach 26 Tagen Streik konnten die 300 000 Hafenarbeiter einen Tarifabschluß mit 20 Prozent Lohnerhöhung durchsetzen. Die Regierung hatte vor dem Streik eine Anhebung von 16 Prozent angeboten, die Hafenarbeiter hatten 32 Prozent gefordert. Trotz eines Streikverbots und des militanten Einsatzes der Staatsgewalt dies Ergebnis erreicht zu haben, ist ein Erfolg für die Arbeiter.

Militärputsch in Bolivien?

Die für lateinamerikanische Verhältnisse relativ linke bürgerliche Regierung von Bolivien ist unter starken Druck der Militärs geraten. Eine aus Frankreich kommende größere Waffenlieferung — 1 200 Maschinenpistolen — für die Polizei sehen die Militärs als Bedrohung ihrer Stellung an. Die Regierung Siles Zuazo will dieses „Geschenk der französischen Regierung für die bolivianische Regierung" für Polizeiverbände im Kampf gegen die Rauschgiftmafia im Lande einsetzen. Die Militärs bestehen jedoch darauf, daß sie allein das Recht hätten, Gefechtswaffen zu gebrauchen.

Höhere Offiziere der Armee, denen die Regierung schon lange ein Dorn im Auge ist, spekulieren ganz offen mit der Machtübernahme.

Terror in Angola

Die prowestliche und von Südafrika unterstützte konterrevolutionäre Bewegung UNITA hat am Donnerstag vergangener Woche einen Sprengstoffanschlag in Huambo in Angola verübt, bei dem über 200 Menschen getötet wurden.

Die UNITA, die sich Ostern zu diesem Anschlag bekannte, hatte gezielt ein Haus für ihren Anschlag ausgewählt, in dem viele kubanische Techniker, Ingenieure, Ärzte und Professoren und sicherlich auch Militärberater arbeiteten. Die meisten Opfer sind jedoch Straßenpassanten, unter ihnen auch Frauen und Kinder.

AKTION MUTTERTAG

Nicht nur Blumen - Rechte fordern wir!

Muttertag steht vor der Tür — mit Blumen und Küßchen vom Ehemann und kleinen Geschenken von den Kindern ...

Sicher, es ist schön, wenigstens einmal im Jahr Anerkennung zu spüren. Aber ist es genug?

*Was nützt uns **ein** Muttertag im Jahr, wenn wir an den anderen 364 Tagen als Hausfrauen und Mütter die Dienstmädchen der Nation sind?*

*Was nützt uns **ein** Muttertag im Jahr, wenn wir an den anderen Tagen des Jahres arbeitslos sind — entweder weil die Unternehmer Frauen mit kleinen Kindern nicht einstellen wollen oder weil wir nicht wissen, wo wir die Kinder unterbringen sollen?*

*Was nützt uns **ein** Muttertag im Jahr, wenn wir das ganze Jahr darunter zu leiden haben, daß der Rotstift in Bonn und in den Städten und Gemeinden vor allem da angesetzt wird, wo es uns betrifft: beim Mutterschaftsurlaub, bei Kindergärten und Tagesstätten usw.?*

Und vor allem: Was nützt uns der Muttertag, wenn wir als Frauen das ganze Jahr über Menschen zweiter Klasse sind?

Deshalb haben Frauen aus der gesamten Bundesrepublik beschlossen, es in diesem Jahr nicht bei dem üblichen Strauß Blumen bewenden zu lassen, sondern für die Interessen der Frauen auf die Straße zu gehen — am Samstag vor Muttertag in Bonn. Wenn Ihr auch meint, daß Blumen alleine zu wenig sind, dann macht mit beim großen Frauenprotest in Bonn!

Plakat der Muttertagsaktion

Wir fordern:

- bessere Arbeitschancen durch Schaffung neuer Arbeitsplätze
- tägliche Arbeitszeitverkürzung bei einer 35-Stunden-Woche und vollem Lohnausgleich
- bezahlten Elternurlaub und ausreichende gesellschaftliche Einrichtungen für Kinder und zur Entlastung von Hausarbeit
- eine eigenständige soziale Sicherung
- Erhalt der sozialen Indikation bei §218
- keine Einziehung von Frauen zur Bundeswehr
- die Kürzung des Rüstungsetats zugunsten des Sozialetats
- Wir wollen in Frieden leben: Stopp und Zurücknahme der Stationierung neuer Atomraketen und Abrüstung in Ost und West.

(Aus dem Aufruf zur Muttertagsaktion in Bonn)

Muttertagsaktion in Bonn
Samstag, 12. Mai 1984
Treffpunkt: 10.00 Uhr Nordbrücke
Demonstration zur Innenstadt
Kundgebung im Hofgarten

Kommunistische Partei Deutschlands **KPD**

V.i.S.d.P.: K. Wagner, Am Westheck, Dortmund. Eigendruck im Selbstverlag

Ihr braucht den Text nur auszuschneiden und auf ein A4-Blatt aufzukleben — und fertig ist das Lay-out für euer Flugblatt zur Muttertagsaktion in Bonn. Viel Spaß beim Verteilen. Auf Wiedersehen in Bonn!

Nähere Informationen über die „Aktion Muttertag" bei: Aktion Muttertag, 5300 Bonn, Postfach 120121, Tel.: (0228) 220933 (Mi. und Do. von 13.00 bis 17.00 Uhr)

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

STUTTGART

Maiveranstaltung der KPD/Stuttgart
„Sozialismus schafft Arbeit für alle"
Ort: Gaststätte „Friedenau", Rotenbergstr., Stuttgart-Ost
Zeit: Dienstag, 1. Mai, 15 Uhr

DORTMUND

Gemeinsame Veranstaltung von KPD und BWK
Beiträge: Kurzberichte zur Betriebsratswahl, Lage der Arbeitslosen, Kampf um die 35-Stunden-Woche, Rede des BWK „Die EG und ihre Auswirkungen auf die Werktätigen Westeuropas", Rede der KPD „Arbeit für alle, Frieden, Arbeitermacht — das sozialistische Ziel der KPD"; Gäste: eventuell Stahlarbeiter aus Lothringen, sowie die Theatergruppe „Hobelbühne" aus Frankfurt.
Gaststätte: „Haus Göbbeln", Schützenstr./Feldherrnstraße
Montag, 30. April, 19.30 Uhr

KIEL

Kulturveranstaltung der Volksfront
Theater, Musik, Büchertische, Essen, usw. usf.
Sonntag, 29. April, 16.00 Uhr
Ort: Hansastraße 48

HAMBURG

Maiveranstaltung der KPD
„35 Stunden sind genug — der Wende ein Ende"
Es spricht Hartmut Siemon, RGO-Betriebsrat Hoesch/Dortmund
Freitag, 27. April, 19.00 Uhr
Gaststätte „Zorba", Jarrestraße 27, HH 60

HANNOVER

Maiveranstaltung der KPD
„35 Stunden jetzt, Sozialismus: Arbeit für alle"
Es spricht Horst Dieter Koch, Vorsitzender der KPD
Es spielt die Gruppe „Blaumann"
Freitag, 27. April, 19.30 Uhr
Gaststätte „Glenewinkel", Köthnerholzweg/Ecke Grotestr.

GELSENKIRCHEN

Gemeinsame Maiveranstaltung der KPD und der Gelsenkirchener ML, unterstützt von DIDF und Dev Yol
Es spricht für die KPD: Horst Dieter Koch, Vorsitzender der KPD
Theaterstück zur 35-Stunden-Woche, Diskussion, türkische Folklore
Montag, 30. April, 19.00 Uhr
AWO-Zentrum, Florastraße 9

Arbeitslosentreffs der KPD

1. Für Nordrhein-Westfalen:
Sonntag, 6. Mai, 11 Uhr im zentralen Büro der KPD, Dortmund-Hörde

2. Für Norddeutschland:
Samstag, 12. Mai, 11 Uhr, Thälmann-Buchhandlung, Hamburg 6, Margarethenstraße 58

Themen: 1. Die aktuelle Lage, 2. Der Stand der Arbeit, 3. Die neue Zeitung, 4. Verschiedenes.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.